

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Henning Kaul, Joachim Unterländer, Dr. Jakob Kreidl, Peter Welnhof, Hermann Imhof**, Günther Babel, Annemarie Biechl, Renate Dodell, Christa Götz, Helmut Guckert, Christine Haderthauer, Johannes Hintersberger, Dr. Marcel Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Melanie Huml, Anton Kern, Franz Kustner, Christa Matschl, Christian Meißner, Edeltraud Plattner, Ingeborg Pongratz, Martin Sailer, Ulrike Scharf-Gerlspeck, Berta Schmid, Sylvia Stierstorfer, Max Weichenrieder, Peter Winter, Dr. Thomas Zimmermann **CSU**,

Joachim Wahnschaffe, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Hildegard Kronawitter, Karin Radermacher, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer **SPD**,

Dr. Martin Runge, Renate Ackermann, Ruth Paulig, Barbara Rütting **BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Drs. 15/8120, 15/8641

Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens

1. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen des eigenen Geschäftsbereichs künftig nur Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive, zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Dies ist durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung nachzuweisen.

2. Staatliche Unternehmen und Beteiligungen werden aufgefordert, ebenso zu verfahren.
3. Weitere öffentliche Einrichtungen, die Regierungen und die Kommunen werden über die Maßnahmen der Staatsregierung informiert und ermutigt, im eigenen Zuständigkeitsbereich ebenso zu verfahren und entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Um Rechtssicherheit zu gewähren, schafft der Freistaat Bayern hierzu entsprechende Grundlagen.
4. Die Öffentlichkeit, insbesondere die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Unternehmen, werden von der Staatsregierung gemeinsam mit den im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen Eine-Welt-Initiativen über die Problematik der ausbeuterischen Kinderarbeit informiert und aufgefordert, sich anzuschließen bzw. weiter zu engagieren.
5. Gegenüber der Bundesregierung setzt sich die Staatsregierung dafür ein, dass im Zuge der Neugestaltung des deutschen Vergaberechts öffentlichen Auftraggebern unstrittig die Möglichkeit gegeben wird, bei Ausschreibungen ökologische und soziale Kriterien zu berücksichtigen.
6. Dem Landtag ist über das Ergebnis der Umsetzung zu berichten.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin